

**12 Wahlprüfsteine an die
Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl
am 22. September 2013**

Die Wahlprüfsteine dienen der Information der Wählerinnen und Wähler. Ihre Antworten werden auf den Webseiten der Europa-Union und Jungen Europäischen Föderalisten veröffentlicht.

Vorname, Name: Dr. Ole Schröder _____

Partei: _____CDU_____

Bundesland: _Schleswig-Holstein_____

Wahlkreis-Nummer/-Name: _____007 - Pinneberg_____

Bitte begründen Sie, wenn möglich, kurz Ihre Antwort.

1. Die überparteiliche Europa-Union Deutschland (EUD) wie auch die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Deutschland sprechen sich in ihren jüngst verabschiedeten Grundsatzprogrammen für die Schaffung eines föderalen europäischen Bundesstaates aus.

Teilen Sie dieses Ziel?

Sollte hierzu unter Beteiligung der Zivilgesellschaft ein Konvent einberufen werden?

Die Nationalstaaten und die Identität ihrer Völker sind prägende, aber sich gleichermaßen wandelnde Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Im Rahmen der ihr von den Mitgliedstaaten zugewiesenen Kompetenzen arbeitet die Europäische Union nach bundesstaatlichen Prinzipien und Methoden. Wichtig ist, dass die Grundsätze der regionalen und lokalen Selbstverwaltung sowie der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit weiterhin berücksichtigt werden. Bei maßgeblichen Änderungen der Verträge ist schon jetzt nach Artikel 48 EUV ein Konvent vorgesehen, um Öffentlichkeit und Transparenz zu ermöglichen.

2. Eine der Ursachen für die seit Jahren andauernde „Euro-Krise“ liegt in der unvollendeten Wirtschafts- und Währungsunion.

Sehen Sie die Notwendigkeit, die vergemeinschaftete Währungspolitik durch eine vergemeinschaftete Wirtschafts- und Finanzpolitik zu ergänzen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welches sind Ihre konkreten Vorstellungen?

Die Euro-Schuldenkrise zeigt, dass die nationalen Wirtschaftspolitiken insbesondere der Euro-Staaten noch enger mit dem Ziel koordiniert werden müssen, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu verbessern. Wir haben dazu einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit auf den Weg gebracht, in dem sich die Nationalstaaten mit der Europäischen Kommission auf konkrete Maßnahmen verständigen. Mit Investitionen in Bildung, Forschung und Zukunftstechnologien wollen wir Europas Chancen auf den internationalen Märkten sichern. Diese Schritte dienen der Vertiefung der Integration mit dem Ziel einer Wirtschaftsunion.

3. *Sind Sie der Auffassung, dass die EU einen Haushalt bekommen soll, der sich aus eigenen Steuereinnahmen – bei gleichbleibender Belastung der Bürgerinnen und Bürger – speist?*

Nein. Statt dessen sollte der Einsatz der Finanzmittel der Europäischen Union gezielter, effizienter und zukunftsorientierter gestaltet werden. Das Finanzierungssystem muss entsprechend der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedstaaten reformiert werden, ohne dass die Europäische Union eigene Kompetenzen zur Steuererhebung oder zur öffentlichen Kreditaufnahme erhält. Die beschlossene stärkere Kontrolle der nationalen Haushalte durch die Europäische Kommission ist ein wirkmächtiges Instrument zur europäischen Haushaltsführung, das ohne die Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen gestaltende Eingriffe ermöglicht.

4. *Würden Sie angesichts der hervorgehobenen Stellung Deutschlands in der Krisenbekämpfung die mögliche Sorge unserer europäischen Partner vor einem „deutschen Europa“ als berechtigt ansehen?*

Diese Sorge ist nicht berechtigt, denn alle wesentlichen Entscheidungen in der Krisenbekämpfung, z. B. über Rettungsprogramme, werden von der Troika, bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds, vorgeschlagen und vom Gouverneursrat des Euro-Rettungsschirms ESM einstimmig getroffen.

5. *Welche prioritären Ziele sollte die deutsche Europapolitik zur Überwindung der Krise verfolgen?*

Wir brauchen in ganz Europa eine solide Finanzpolitik und Wachstumsförderung durch Strukturreformen. Nur dadurch entstehen Arbeitsplätze und Zukunftschancen für die jungen Menschen in den Krisenländern. Deshalb wollen wir uns insbesondere für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einsetzen. Wir werden auch dafür werben, unsere erfolgreiche duale Ausbildung in Schule und Betrieb in anderen europäischen Ländern einzuführen, weil sie jungen Menschen eine gute berufliche Zukunft eröffnen kann. Gleichzeitig müssen die Krisenstaaten ihre Reformen fortsetzen und Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung gemäß den Bestimmungen ihrer nationalen Schuldenbremsen unternehmen.

6. Wesentliche Maßnahmen zur Krisenbekämpfung (ESM, Fiskalpakt) wurden außerhalb der EU-Verträge als völkerrechtliche Vereinbarungen ins Werk gesetzt.
Sind Sie der Auffassung, dass diese Regelungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt in die EU Verträge überführt und damit auch der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments unterworfen werden müssen?

Wichtig ist, dass die Vereinbarungen des Fiskalpaktes eingehalten werden, damit alle Mitglieder der Währungsunion den Weg zu solider Haushaltspolitik finden. Eine Aufnahme der Bestimmungen in die Unionsverträge wäre ebenso wie eine Verankerung im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit nicht notwendig für deren Durchsetzung. Darüber hinaus wäre eine Überführung in die Verträge schwierig wegen der ablehnenden Haltung einiger Staaten, die nicht an der Währungsunion teilnehmen.

7. *Sind Sie der Auffassung, dass das Europäische Parlament durch Zuerkennung des Initiativrechts und durch die Möglichkeit einer Wahl der Kommission ohne nationale Vorgaben gestärkt werden soll? Sind echte europäische Parteien erforderlich?*

Die Begründung für das Initiativrecht der Kommission ist ihre Rolle als Hüterin der Verträge. Das Europäische Parlament hat aber seit dem Vertrag von Lissabon die Möglichkeit, die Kommission zur Ausübung ihres Initiativrechts aufzufordern. Darüber hinaus kann es in einigen Politikbereichen, die in den Verträgen explizit genannt sind, gemeinsam mit dem Rat und ohne die Kommission Vorschriften erlassen. Ein vollwertiges Initiativrecht kann das Parlament erst dann zugesprochen bekommen, wenn seine Fraktionen von wirklich europäischen Parteien gestellt werden. Erst dann kann es als

**supranationales Organ in Erscheinung treten.
Daher müssen die im EP vertretenen Parteien weiter daran arbeiten, eine breite europäische Öffentlichkeit zu erzeugen.**

8. *Wie stehen Sie zu der Forderung, dass alle in Deutschland lebenden EU-Bürgerinnen und EU-Bürger neben den Kommunal- und Europawahlen künftig auch an den Landtags- und Bundestagswahlen teilnehmen können sollten?*

Seit dem Vertrag von Maastricht 1992 können sich EU- Bürger an Kommunal- und Europawahlen an ihrem jeweiligen Wohnort in einem EU-Mitgliedstaat beteiligen. Eine Ausweitung des Wahlrechts für EU-Bürger bei Landtags- und Bundestagswahlen ist aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zulässig. Da das Wahlrecht als Ausdruck der in Art. 20 Abs. 2 GG verankerten Volkssouveränität mit der Staatsbürgerschaft verbunden ist, wäre die Beteiligung von Nichtstaatsbürgern bei Wahlen auf der staatlichen Ebene unzulässig. Das gilt sowohl für Bundestagswahlen als auch für Landtagswahlen.

9. *Sind Sie der Auffassung, dass künftig der europäische Außenminister die gemeinsamen europäischen Interessen nach außen vertreten sollte (und damit die nationalen Außenminister eine deutlich untergeordnete Rolle einnehmen)?*

Die Außenminister der Mitgliedsstaaten werden weiterhin eine herausgehobene Rolle in der Außenpolitik spielen, die in nationaler Zuständigkeit bleiben wird. Worauf es ankommt, ist eine gemeinsam handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik, um Europa in einer globalisierten Welt Gehör zu verschaffen. Das beinhaltet gleichermaßen eine Stärkung des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und eine Verbesserung bei der Abstimmung zwischen nationaler und gemeinsamer Außenpolitik.

10. *Unter welchen Voraussetzungen würden Sie eine gemeinsame europäische Armee (anstelle der nationalen Streitkräfte) befürworten?*

In der Verteidigungspolitik bedarf es weiterer Schritte zur Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit in Europa bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der transatlantischen Arbeitsteilung. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) soll hierbei den europäischen Anteil der NATO ergänzen, so wie es im März 2003 in der Berlin-plus-Vereinbarung beschlossen wurde. Das gemeinsame Nutzen militärischer Fähigkeiten muss die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit sein. Wir erwarten vom Europäischen Rat im

**Dezember 2013 hierfür weiterführende Beschlüsse.
Die Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Armee kann aber erst am
Ende eines weiterreichenden Integrationsprozesses stehen.**

11. Sollte die EU in der Sozialpolitik mehr Kompetenzen bekommen, um den sozialen Ausgleich stärker zu fördern, wie zum Beispiel durch eine europäische Arbeitslosenversicherung (wie im Van Rompuy-Bericht vorgeschlagen wurde)?

Wichtig ist, dass im Bereich der Sozial- aber auch der Umweltpolitik auf europaweit einheitliche Mindeststandards hingearbeitet wird. Nur so kann ein Wettbewerbsgefälle innerhalb der EU verhindert werden. Eine Abschaffung der nationalen sozialen Sicherungssysteme (Gesetzliche Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherungen sowie Hilfe zum Lebensunterhalt) zugunsten europäischer sozialer Sicherungssysteme halte ich aufgrund der Verschiedenheit der Systeme und der Lebensstandards für nicht sinnvoll.

12. Im 17. Deutschen Bundestag bilden mehr als 170 Abgeordnete der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen eine überparteiliche Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland.

Können Sie sich vorstellen, der Europa-Union Deutschland beizutreten, um dieser Parlamentariergruppe anzugehören?

Ich bin bereits Mitglied der Parlamentariergruppe Europa-Union, weil die europäische Integration in Frieden und Wohlstand seit Konrad Adenauer zu den wichtigsten Anliegen deutscher Politik gehört.

Optional: Folgende Punkte zur europäischen Integration im Allgemeinen und zur Lösung der derzeitigen Krise sind mir persönlich besonders wichtig:
